

■ Drucksachen

Kein Mittelweg: Im September 1917 untersuchte Lenin, wie der Zusammenbruch in Russland verhindert werden könnte

■ Schwarzer Kanal

44 Jahre Antiimperialismus sind für deutschnationale Gift- und Verwüstungsexperten das Problem im Lande

■ Reportage

Ein Anker in der Torstraße: Vor zehn Jahren wurde die jW-Ladengalerie in Berlin eröffnet. Am 7. Oktober wird gefeiert

■ ABC-Waffen

Pools of Sorrow: Glühender Beton, ein kleiner Flughafen mit nur mäßig gekühlter Abfertigungshalle. Von René Hamann



FELIX KÄSTLE/DPA

»Man errichtet ein Bollwerk gegen Skepsis und Kritik«

Gespräch mit Reinhold Hedtke ■ Über das neue Schulfach »Wirtschaft« in Baden-Württemberg, umtriebige Lobbyisten und willfährige Politiker

Erste Vorstöße, ein gesondertes Unterrichtsfach »Wirtschaft« einzuführen, gab es schon vor Jahrzehnten, aber irgendwie wurde nie etwas daraus. Jetzt ist es soweit: An allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg gehört ab diesem Schuljahr das Fach »Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung« (WBS) zum Lehrplan (jW berichtete am 13. September). Den Anfang machen zunächst die Haupt- und Werkrealschulen sowie die Real- und die Gemeinschaftsschulen, die Gymnasien sollen ein Jahr später folgen. Nun heißt es ja, was lange währt, wird endlich gut. Gilt das in Ihren Augen auch in diesem Fall?

Ja – für die Unternehmen, Wirtschaftsverbände und wirtschaftsnahen Stiftungen wurde es endlich gut. Jahrelang haben sie Kampagnen lanciert und in Lobbying in-



Reinhold Hedtke ...

...ist Professor für Wirtschaftssoziologie und Didaktik der Sozialwissenschaften an der Fakultät für

Soziologie der Universität Bielefeld. Er befasst sich schwerpunktmäßig mit politischer und ökonomischer Bildung und wendet sich entschieden gegen ein Partikularfach »Wirtschaft« an allgemeinbildenden Schulen. Er ist stellvertretender Vorsitzender in der »Deutschen Vereinigung für Politische Bildung« und ist Vorstandsmitglied bei der 2016 gegründeten »Gesellschaft für sozioökonomische Bildung und Wissenschaft« (GSÖBW).

vestiert, jetzt ernten sie die Früchte. Denn das Schulfach »Wirtschaft« ist ein Projekt im Interesse der Wirtschaft, genauer der Unternehmen und Unternehmer.

Und keines im Interesse der Schüler?

Jedenfalls nicht in dem der nach Aufklärung und Mündigkeit strebenden Schülerinnen und Schüler. Schauen wir uns die zugehörigen Lehrpläne an. Dort wird die Unternehmerpersönlichkeit gepriesen, Beschäftigte haben da keine Persönlichkeit. Nachhaltigkeit ist darin Aufgabe allein der Verbraucher, nicht der Industrie und nicht der Politik. Ökonomische und politische Machtverhältnisse spielen auch keine Rolle. Einfluss besitzen nur die Konsumenten, ansonsten erscheint die Wirtschaft als eine machtfreie Zone: keine Konzerne, keine Global Player, keine Marktmacht, keine Konvertierung wirtschaftlicher in politische Macht – und Lobbyismus gibt es auch nicht. Gewerkschaften braucht man für den sozialen

Frieden, nicht für Verteilung und Gerechtigkeit. Kurzum, die Leitlinie lautet Individualisierung, Verharmlosung und Entpolitisierung.

Sie sprachen die Lobbyarbeit von Unternehmensverbänden an, die zum Gelingen des Projekts beigetragen hat. Wie ist das abgelaufen?

Eingefädelt wurde all das unter Federführung der Stuttgarter Dieter-von-Holtzbrinck-Stiftung und mit Hilfe ihres langjährigen Vertrauensmanns im Kultusministerium, natürlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Dann hat die Vorgängerregierung aus Grünen und SPD die Hinterzimmerentscheidung gegen den Widerstand von vielen Fachleuten umgesetzt. Das wurde noch mit einem öffentlichen Anhörungsverfahren bemäntelt, das aber fast völlig folgenlos blieb. Baden-Württemberg ist ein Exempel dafür, wie sich Parlament und Regierung die Bildungs-

Beim geplanten Schulfach »Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung« ist der Blick zu sehr auf unternehmerische Zusammenhänge verengt. Wichtige Aspekte, wie die Errungenschaften kämpferischer Gewerkschaften spielen hingegen keine Rolle

■ Fortsetzung auf Seite zwei

■ Fortsetzung von Seite eins

politik von Konzernen, Wirtschaftsverbänden und Unternehmensstiftungen aus der Hand nehmen lassen.

Sie hatten bereits vor zwei Jahren beanstandet, die Bildungsplanentwürfe orientierten sich an einem Auftragsgutachten des Unternehmerlagers. Was stand da drin?

Den Wirtschaftsverbänden kam es darauf an, den Konsens über eine sozioökonomische, sozialwissenschaftlich ausgerichtete Bildung aufzukündigen. Man wollte einen privilegierten Ankerplatz für unternehmerische und wirtschaftspolitische Partikularinteressen. Dazu wurde gestreut, die ökonomische Bildung würde sich verbessern, wenn man sie von der politischen und gesellschaftlichen abtrennt. Im Zentrum dieses Gutachtens stand, dass Schülerinnen und Schüler die Denkmuster und Modelle des Mainstreams der Wirtschaftswissenschaften erlernen, akzeptieren und einüben sollen. Alternative Ansätze kamen so gut wie gar nicht vor, Konzepte aus anderen Sozialwissenschaften fehlten völlig. Ökonomisches Denken wurde auf wirtschaftliche, das heißt monetäre Effizienz nach dem Kosten-Nutzen-Kalkül als wichtigstem Bewertungsmaßstab fokussiert. Dass individuelle wirtschaftliche Entscheidungen immer in soziale Kontexte eingebettet sind – man denke an Arbeit und Konsum –, das spielt in dem Konzept keine Rolle.

Trotzdem hat die Landesregierung aus Grünen und CDU bzw. deren Vorgängerin aus Grünen und SPD die Vorschläge eins zu eins übernommen?

Nicht eins zu eins. Übernommen wurde aber das Grundmodell, auch die wissenschaftlich einseitige Grundrichtung samt der Marginalisierung von wissenschaftlichen und politischen Alternativen. In den Lehrplänen ergänzt wurden, allerdings Aspekte wie Unternehmerpersönlichkeit, Nachhaltigkeit und »nichteigene Anliegen«. Anders als das Gutachten betonen sie durchaus altbekannte wirtschaftspolitische Kontroversen, etwa die um Angebots- und Nachfrageorientierung, Pluralität und das Denken in Alternativen. Das muss man anerkennen. Allerdings bleibt es dabei über weite Strecken bei Absichtserklärungen. Je konkreter es wird, desto mehr verschwinden Alternativen und kritischer Vergleich.

Das klingt, als sollten Schulkinder planmäßig zur Unmündigkeit, zur Kritikunfähigkeit, zum Konformismus erzogen werden. Manch einer würde Sie da zum »Verschwörungstheoretiker« stempeln ...

Es geht um die Legitimation eines Wirtschaftssystems, das sich mehr und mehr selbst delegitimiert. Die Fiktion der Leistungsgesellschaft soll gegen alle empirische Evidenz von leistungslosen Einkommen und Begünstigung der bereits Begünstigten einerseits, von Reallohnstagnation, Aufstiegsblockaden und Diskriminierungen andererseits aufrechterhalten werden. Ein Schulfach »Wirtschaft« ist nötig, um die herrschende Ideologie und die immer ungleicher werdende Reichums-, Risiko- und Chancenverteilung zu verteidigen und deren vermeintliche Überlegenheit und Alternativlosigkeit in den Köpfen der Kinder und Jugendlichen zu verankern. Dafür braucht man keine große Verschwörung, es reicht effektive politische Strategie.

Was ist schlecht daran, wenn Kinder und Jugendliche wissen: »Was kostet ein Döner und warum?« So hat Spiegel online Anfang September zum Thema getitelt und weiter gefragt: »Warum ist ausgerechnet das Wunschhandy immer so teuer? Und ist Sparen wirklich so eine gute Idee?« Gehört nicht auch Alltags-tauglichkeit zu den Anforderungen von Wirtschaftserziehung?

Für solche Fragen braucht man kein gesondertes Schulfach. Sie werden seit Jahrzehnten in den Fächern Sozialkunde, Gemeinschaftskunde, Politik, Politik/Wirtschaft oder Sozialwissenschaften behandelt. Aber nicht als Lebenshilfe für den Handykauf, sondern als Exempel, an denen man allgemeine Einsichten in Wirtschaft gewinnen kann. Als Beispiele, anhand derer man verstehen lernt, wie das eigene Leben, die Chancen, die man hat, und wie die Hindernisse, die man überwinden muss, systematisch mit Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zusammenhängen. Dönerforschung, Handykunde und Sparberatung sind in der Schule dagegen ziemlich fehl am Platz und leisten nur der Verdummung Vorschub. Man lässt die Schüler fleißig ihren individuellen Alltag optimieren und lenkt sie so von den wichtigen kollektiven Fragen zu Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ab. Daraus folgt Entpolitisierung ...

... ein Phänomen, das in Sonntagsreden von Politikern immer wieder beklagt wird. Die Leute sollen doch bitte schön wählen gehen und über ihr Schicksal mitbestimmen, heißt es.

Ja, aber dann sorgen dieselben Redner dafür, dass Politik aus der Schule verschwindet. Dabei kommt es doch gerade auf die Politik in der Wirtschaft an. Das Leben von vielen liefere besser, würden die Interessen von Beschäftigten, Konsumenten und Kleinanlegern konsequent vertreten. Was erleben sie statt dessen? Stagnierende Real- und Niedriglöhne, Leiharbeit, Befristung der Arbeitsverhältnisse, Unsicherheit und Mehrfachjobs, Kleinstrenten und Arbeitslosigkeit sowie mangelnde Möglichkeiten zum Aufstieg. Außerdem: Systematische Bevorzugung von Produzenteninteressen, Komplizenschaft staatlicher Stellen mit Landwirtschaft, Industrie und Finanzindustrie, geduldete Desinformation der Verbraucher, Verhinderung von klaren Qualitäts- und Gesundheitsinformationen auf Konsumgütern, explodierende Mieten und so weiter.

All das gehört in ein Schulfach, das Politik, Wirtschaft und Gesellschaft umfasst. Es sind doch vor allem die Folgen politischer Entscheidungen oder Passivität, die den Alltag der normalen Leute erschweren und ihre Rechte beschneiden. Deshalb entscheidet man am Wahltag auch über die Qualität des eigenen Wirtschaftsalltags in den Jahren danach – zumindest sollte es so sein.

Heißt das, mit einem Fach »Politik und Wirtschaft« wären auch Sie zufriedengestellt?

Wir haben doch in fast allen Bundesländern ein Fach, in dem politische und ökonomische und am Rande auch gesellschaftliche Themen behandelt werden. Es ist eine dreiste Zweckklüge zu behaupten, dass das schlecht funktioniert. Es gibt keine einzige wissenschaftliche Analyse, die belegt, dass man bessere Lernergebnisse erzielt, wenn man ein Fach wie Sozialkunde in vier Kleinstfächer zerlegt, also Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Recht. Zu behaupten, man versteht Zusammenhänge besser, wenn man Dinge voneinander trennt, ist Unsinn. Das ist reine Ideologie und frommer Wunderglaube. Dass das wirtschaftliche Wissen der Jugendlichen schlechter ist als das politische, rechtliche oder gesellschaftliche, ist auch durch nichts belegt. Erst recht existiert keine Forschung dazu, ob wirtschaftliches Wissen relevanter ist als beispielsweise politisches und es deshalb in Stundentafeln und Lehrplänen bevorzugt werden müsste. Faktisch bewegt sich die Forderung nach einem Separatfach »Wirtschaft« im luftleeren Raum.

Sollte man also alles lassen, wie es ist?

Auf der Ebene der Stundentafel sehe ich keinen Handlungsbedarf, aber manche Themen und Inhalte sollte man modernisieren.

Über ein eigenes Schulfach »Wirtschaft« diskutieren wir aber nur, weil uns die Wirtschaftseliten das Thema seit über fünfzehn Jahren einhämmern. Hinzu kommt, dass die politischen Eliten sich von Unternehmen und Verbänden auf der Nase herumtanzen lassen und das dann auch noch als gute Bildungspolitik verkaufen.

Dabei geht es vor allem darum: Man will die lästigen politischen und gesellschaftlichen und oft auch kritischen Perspektiven auf die Unternehmen und Wirtschaft loswerden. Man will ein Fach, das man leichter beherrschen kann, in dem die eigenen Themen abgesichert sind und zu dem die eigenen Leute leichter Zugang haben. Es geht darum, ein Bollwerk gegen Skepsis und Kritik zu errichten, gegen Pluralismus und Alternativen, gegen demokratische Debatten über die Gestaltung von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. Die Globalisierung wird zur Naturgewalt erklärt, um zu verdunkeln, dass die herrschende Politik über die Verteilung ihrer positiven und negativen Folgen entscheidet und meist einseitig Partei für die Interessen von Konzernen und Kapitaleigentümern ergreift.

Ein Argument der Verfechter eines Schulfachs »Wirtschaft« lautet, ökonomische Themen kämen in Fächern wie Sozial- oder Gesellschaftskunde zu kurz, auch weil es den Lehrkräften an den nötigen Kenntnissen fehle. Wie sehen Sie das?

An den meisten allgemeinbildenden Schulformen wird schon heute deutlich mehr Wirtschaft unterrichtet als Politik, ganz gleich ob in einem Integrations- oder in einem Separatfach. Hinzu kommt Erdkunde, das oft zu einem großen Teil wirtschaftliche Themen wie Arbeitsteilung, Wirtschaftsstruktur, europäischer Binnenmarkt, internationaler Wettbewerb und Welthandel enthält. Fast überall gibt es zusätzlich mehrwöchige obligatorische Betriebspraktika. Eine überwältigende Mehrheit der Schulen pflegt Partnerschaften mit Unternehmen. Wer also über die wirtschaftsfreie Schule redet, betreibt reine Desinformation. Die meisten Schulen sind extrem wirtschaftsaffin. Die andere Seite der Medaille ist die politikferne Schule. Das ist ein Armutzeugnis für ein demokratisches Gemeinwesen!

Braucht es für ein, wie Sie meinen, beschränktes Solofach »Wirtschaft« nicht auch »beschränkte« Pädagogen?

In der Tat, und gerade Baden-Württemberg geht dabei mit schlechtem Beispiel voran. Die Lehrkräfte studieren dort entweder Politikwissenschaft oder Wirtschaftswissenschaften, keiner studiert Soziologie. Heraus kommen soziologische und damit auch gesellschaftliche Analphabeten, die in Schulen unterrichtet werden, in denen gesellschaftliche Probleme und Spannungen aller Art auftreten und zunehmen werden. Sie lernen nicht, wie Wirtschaft und Gesellschaft zusammenhängen. Sie haben keine wissenschaftlich fundierte Idee, was eine Gesellschaft zusammenhält. Und der Gipfel der Paradoxie: In der Schulpraxis wird die reine Wirtschaftslehre oft »Politik« unterrichten müssen und die reine Politiklehre »Wirtschaft«. Einfach, weil kleine und mittlere Schulen nicht genügend Fachlehrkräfte einstellen können.

Immerhin sollen in »WBS« auch die unterschiedlichen Interessen von Beschäftigten und Unternehmern sowie Steuern und staatliche Leistungen behandelt werden. Baden-Württembergs Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) findet, alles zusammen sei »ganz im Sinne einer ökonomischen Allgemeinbildung«.

Das zeigt, auf welches Niveau auch der konservative Bildungsbegriff inzwischen abgerutscht ist. Denn von grundlegenden Fragen zur Wirtschaft findet sich kaum eine Spur. Wie wollen wir sozioökono-

misch leben? Können und wollen wir die Wirtschaft demokratisch gestalten? Können und wollen wir Wachstum und Ressourcenverbrauch immer weiter steigern?

Systemische Zusammenhänge von Kapitalismus und Krise, Marktwirtschaft und Sozialstaat, große Problemlagen wie der Widerspruch zwischen globalem Kapitalismus und Demokratie, plutokratische Züge der Politik, Zusammenhänge zwischen Wirtschaftssystem, Umweltzerstörung und Klimakatastrophe, hemmungsloses Abschieben von Kosten und Risiken auf den globalen Süden, strukturelle Nichtnachhaltigkeit des vorherrschenden Wirtschaftens – alles, was übergreifend wichtig wäre, bleibt außen vor. Der Tenor lautet eher, die Verhältnisse sind, wie sie sind, findet euch damit ab, kommt damit zurecht.

Inwieweit ist der Vorgang Ausdruck der zunehmenden Kapitalisierung der Institution Schule an sich?

Aus Sicht der Privatunternehmen sind mit dem Schulfach »Wirtschaft« die Verhältnisse an den Bildungseinrichtungen geradezu perfekt. Man bekommt ein den eigenen Vorstellungen entsprechendes Fach, auf das man erheblichen Einfluss behält – ein Privileg, das sonst nur die Kirchen beim Religionsunterricht genießen. Man hat die Mittel, jede Menge attraktive Unterrichtsmaterialien in den Fachunterricht zu schleusen, die die eigenen Interessenlagen bedienen. Man kann sich ganz auf eine einseitige, in der Tendenz unkritische Lehrerausbildung an den Unis verlassen. Man kontrolliert die Stoßrichtung und die Inhalte des mehrwöchigen obligatorischen Berufspraktikums. Darüber hinaus hat man Gelegenheit zu zahlreichen Aktivitäten bei der Berufsorientierung und bei Partnerschaften zwischen Schule und Betrieb. Nicht zuletzt kann man mittels Sponsoring den Unterricht beeinflussen – immer mehr und effektiver, weil die Träger knapp bei Kasse sind.

Hatten Sie sich mehr Widerstand durch Gewerkschaften und Bildungsverbände erhofft? Die Landesverbände von DGB und GEW hatten schließlich im Vorfeld Vorbehalte gegen ein Extrafach »Wirtschaft« und dessen inhaltliche Verengung geäußert.

Ja, eigentlich schon. Die Gewerkschaften und andere Verbände waren klar dagegen. Aber die Landesregierung von Die Grünen und SPD blockierte mit Ausnahme der Wirtschaftslobby jegliche Partizipation, bis Fakten geschaffen waren. Nichtsdestotrotz hält der Widerstand im Land ja durchaus an. Es besteht also kein Grund, die Hoffnung auf eine gute sozioökonomische Bildung ganz aufzugeben.

Wer will sich denn nicht mit der »Reform« abfinden?

Natürlich wird es schwer, der Wirtschaftslobby ein so schönes bildungspolitisches Geschenk wieder wegzunehmen. Andererseits gibt es längst Absetzbewegungen von der strikten Fächertrennung, etwa in Form von Lernfeldern in der Berufsausbildung. Außerdem geben Vorbildländer wie Finnland die strikte Trennung zwischen den Schulfächern auf, weil eine Erziehung zum Schubladendenken nicht zur Komplexität der heutigen Welt passt. Das nimmt man auch hier schon zur Kenntnis. Generell werden wegen der Verwerfungen durch die weiter wachsende Spaltung der Bevölkerung in Einflussreiche und Marginalisierte, Gewinner und Verlierer auch die Aufgaben der Schule in der Demokratie auf die bildungspolitische Tagesordnung gesetzt. Schlüsselakteure sind hier die Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen wie Lobby-Control sowie lokale Bündnisse unterschiedlicher Organisationen. Nicht zuletzt trägt auch die Wissenschaft dazu bei, die eine alternative Bildungskonzeption anbieten kann und muss.

Das Gespräch führte Ralf Wurzbacher